

*Diese Woche kommt Jimmy Carter auf Staatsbesuch in die Bundesrepublik. Viele erhoffen jetzt ein Ende der Querelen.*

# Die <sup>BA</sup> schwierigen, wichtigen Partner

**Bonn und Washington: Ihr Verhältnis hat schon viele Stöße überstanden / Von Josef Joffe**

Helmut Schmidts Schwierigkeiten mit Jimmy Carter begannen mit einer Liebeserklärung an den amerikanischen Präsidenten. „Ich mag Ihren Präsidenten wirklich“, verriet er einem *Newsweek*-Reporter. „Er hat viel geleistet und uns auch ganz schön geholfen... Ich hege starke persönliche Gefühle für ihn, und ich glaube, er mag mich auch.“

Nur: Es war der falsche Präsident, nämlich Gerald Ford. Und es war die falsche Zeit, nämlich der Herbst 1976, als Ford gegen Jimmy Carter in den Wahlkampf zog. Den Gegner des Nixon-Nachfolgers bedachte Schmidt nur mit höflicher Gleichgültigkeit: „Über Herrn Carter möchte ich gar nichts sagen, weder positiv noch negativ. Ich habe mich nur einmal eine Stunde lang mit ihm unterhalten.“ Schmidts milde Wahlspende ging daneben. Ford verlor, und Carter wurde Amerikas 39. Präsident.

Seitdem haben sich Kanzler und Präsident dreimal getroffen, aber kaum liebevolle Bande geknüpft — auch wenn Schmidt schon im Juli 1977 die „engen und herzlichen“ Beziehungen zwischen den beiden Ländern lobte und Carter — „Ihnen persönlich, Jimmy“ — seine „große Bewunderung“ angedeihen ließ. „Jimmy“ kam ihm während seines ersten Besuchs in Carters Weißem Haus so zögernd über die Lippen, daß die Reporter hinterher spotteten, Schmidt habe dem drängenden Carter endlich das „You“ angeboten.

Beide Männer haben es nicht leicht miteinander, allen Beteuerungen zum Trotz. Zum Teil sind sie einander zu ähnlich. Zurückhaltende Bescheidenheit zielt weder den einen noch den anderen; beide würden lieber dem anderen den Vortritt lassen, wenn es darum geht, einmal bezogene Positionen zu räumen. Beide wissen ganz genau, was sie wollen, und scheuen sich selten, die Öffentlichkeit an der eigenen Erleuchtung teilhaben zu lassen. Doch sind sie einander auch sehr unähnlich.

Wo Carter manchmal der Kompaß fehlt, mangelt es Schmidt zuweilen an politischem Takt. Der Präsident mag zu lange schwanken, aber der Kanzler gerät zu leicht ins Schimpfen — eine

Versuchung, die ihm in Frankreich den Titel „Le Feldwebel“, in Amerika den Beinamen „Schmidt the Lip“ eingetragen hat. Carters hehre Visionen zerschellen oft in der Kluft zwischen Wollen und Können; was ihm an Erfahrung und Einfühlungsvermögen fehlt, versucht er durch schieren Blau auszugleichen. Dafür finden Schmidts richtige Einsichten gerade im argwöhnischen Ausland nicht immer den verdienten Widerhall, weil sie nach teutonischer Besserwisserie klingen. Der eine predigt, der andere doziert. Es ist ein Konflikt zwischen Profi und Prophet, zwischen zwei Männern, die das höchste Amt in den beiden mächtigsten Ländern des Westens aus entgegengesetzten Richtungen erklimmen haben.

## Ein reines Antlitz

Nach Vietnam und Watergate wollte Amerika nicht nur ein neues Gesicht, sondern ein reines Antlitz. Das Resultat war Jimmy Carter, der Wiedertäufer, der seine Unschuld — spricht: seine Unerfahrenheit, seine Unbeirrbarkeit, ja seine Unduldsamkeit gegenüber einer widerborstigen Wirklichkeit — geradezu zum Legitimitätsprinzip erhoben hatte — und gewann. Die Ziele galten ihm mehr als die Mittel, kein Wunder, daß er nicht viele erreichte.

Als Helmut Schmidt Bundeskanzler wurde, hatte er 23 Jahre im Parlament, zwei Jahre im Finanzministerium, drei Jahre auf der Hardtöhe und drei Jahre als SPD-Fraktionsvorsitzender hinter sich. Kein anderer deutscher Kanzler hat so viel politische Erfahrung ins Amt gebracht. Schmidts eingeschliffener Pragmatismus ist alles andere als „wertfrei“, aber die Mittel liegen ihm allemal näher als das Ziel. War es ein Wunder, daß ihm Jimmy Carter ein ärgerliches Rätsel war — genauso wie den Sowjets und vielen Amerikanern? Wie einst Adenauer, der Nixon favorisiert hatte und dann mit dem 40 Jahre jüngeren Kennedy vorliebnehmen mußte, tat sich Schmidt schwer mit dem Neuling im *Oval Office*, der lieber selber redete als Ratschläge erbat — so wie es der brave Jerry Ford zwei Jahre lang getan hatte.

A 008 H11

Datum

14. Juli 1978 29

Heute, nach 18 Monaten Carter im Weißen Haus, ist die Schmolli- und Schmah-Phase abgeklungen. Kanzler und Präsident beichtigen einander nicht mehr der „Sturheit“ (Carter über Schmidt) oder des „Unvermögens“ (Schmidt über Carter). Es herrscht zwar keine „Seelenverwandtschaft“, wie sie Horst Ehmke im Mai entdeckt haben will, aber wenigstens die Überzeugung des Kanzlers, daß „der deutsch-amerikanische Konsens durch nichts zu erschüttern“ sei. Helmut Schmidt hat wissen lassen, daß Carter ein Acht-Jahre-Präsident und zudem noch lernfähig sei: Jeder neue Präsident brauche eben mindestens drei Jahre, um in Washington und der Welt Fuß zu fassen.

Gleichwohl darf niemand erwarten, daß die alte Übereinstimmung wieder Einzug hält. So herzlich und harmonisch wie in der hohen Zeit von Adenauer und Dulles wird es nie wieder zugehen. Die Probleme zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten entspringen ja nicht nur den persönlichen Reibereien zwischen Jimmy Carter und Helmut Schmidt. Die eigentlichen Schwierigkeiten wurzeln tiefer — und sie werden die gegenwärtigen Amtsinhaber überdauern, weil sie aus dem Wandel des internationalen Systems rühren. Dieser Wandel hat die politischen Prioritäten verändert.

Atom, Konjunktur und Entspannung: Die drei großen Scheuerstellen im deutsch-amerikanischen Verhältnis während der vergangenen anderthalb Jahre sind symptomatisch, auch wenn eine gelassene Diplomatie die gereizten Aufschreie zu beiden Seiten des Atlantiks hätte dämpfen können. Denn es war ein Krach zwischen Partnern, die sich brauchen; kein Klängenkreuzen zwischen Gegnern, die einander fürchten.

Es begann mit dem Gerangel um den deutsch-brasilianischen Atomvertrag im Werte von zwölf Milliarden Mark, der Exportcoup des Jahrhunderts. Das Paket enthielt acht Leistungsreaktoren, aber auch Anlagen zur Urananreicherung und Wiederaufbereitung, die Brasilien, das den Atomsperrvertrag nie unterschrieben hat, den Weg zur Bombe öffnen könnten. Der Vertrag war schon 1975 unterschrieben worden, doch Washington hatte ursprünglich fünf gerade sein lassen — bis Jimmy Carter im März 1977 alle Alarmglocken aufschillen ließ. Auf den plumpen Revisionsdruck der Amerikaner reagierte Bonn mit den hölzernen Vorbehalten der Juristen: *pacta sunt servanda*. In der ersten Aufwallung mochte sich niemand zu der Idee durchringen, daß Carter die Proliferationsproblematik tatsächlich näherlag als die Profite der amerikanischen Reaktorindustrie: Westinghouse hatte das brasilianische Rennen ja in der Tat verloren, weil die US-Firma keine „sensitive Technologie“ exportieren durfte. Aber auch Schmidt erwies sich schließlich als „lernfähig“: Im Juni 1977 ließ die Bundesregierung wissen, daß sie „bis auf weiteres“ keine anderen Exportgenehmigungen für bombentaugliche Anlagen erteilen werde.

Um das liebe Geld, bei dem bekanntermaßen die Gemütlichkeit aufhört, ging es auch in dem deutsch-amerikanischen Streit über die richtige Konjunkturpolitik. Es ist ein Krach, in dem jeder die eigenen Nationalinteressen im Mäntelchen der Welträson drapiert und die richtigen Einsichten des anderen geflissentlich übersieht. Die Amerikaner drängten die Überschufsländer Japan und

Bundesrepublik, „Lokomotive“ zu spielen: Sie sollten der eigenen Konjunktur Dampf machen und so die Defizitländer mit Hilfe ihres Imports aus der Stagflation ziehen.

Die Westdeutschen sträubten sich. Sie argumentierten zu Recht, daß eine einzige „Lokomotive“ diese Steigung nicht schaffen könne, daß die hausgemachte Geldentwertung die anderen Kranken nicht heilen werde, daß Amerika erst einmal vor der eigenen Türe kehren müsse. Ziel-scheibe der Bonner Vorwürfe sind die verschwenderischen US-Olimpote, die den Dollar entwerten und zugleich die weltweite Inflation anheizen. Freilich übersehen wir dabei, daß unsere eigene Wirtschaft von der Krankheit der übrigen profitiert. Solange die anderen inflationieren, bleiben unsere Produkte konkurrenzfähig — trotz der unaufhörlichen Mark-Aufwertung. Wir können uns Konjunkturdziplin auferlegen, weil der Exportsog aus dem Ausland anhält; die Nachfrage, die sich andere Länder aus der Reflation holen, holt sich die glückliche Bundesrepublik aus dem Export.

Aber auch dieser Streit kocht jetzt auf einer kleineren Flamme. Die „Lokomotive“ ist wieder im Schuppen, dafür sollen jetzt *alle* Industrieländer die Weltwirtschaft im „Konvoi“ aus der Misere ziehen. Jimmy Carter hat zumindest versucht, ein Ölspartprogramm im Kongreß durchzusetzen — vergebens zwar, aber immerhin. Und Helmut Schmidt hat auf dem Bonner Wirtschaftsgipfel die goldene Gelegenheit, aus der Koalitionsnot eine Bündnistugend zu machen: Da die FDP ohnehin auf Steuersenkungen pocht, kann er Carter ein Wachstumsprogramm anbieten und sich dafür vielleicht ein amerikanisches Gelöbnis zur Dollarpflege einhandeln.

Die Entspannung ist der dritte Knirschpunkt in den deutsch-amerikanischen Beziehungen. Als Reaktion gegen die „unamerikanische“ Machtpolitik von Nixon und Kissinger hatte sich Carter von Anfang an die Menschenrechte ans Panier geheftet — und dabei die Brüchigkeit des Spannungsgeflechtes übersehen, das die Bundesrepublik seit Anfang der siebziger Jahre mit ihren Ostverträgen geknüpft hat. Für Bonn stand zuviel auf dem Spiel, als daß der Kreml durch lauthalse Rhetorik vergrätzt werden durfte. „Als enger Nachbar der Sowjetunion“, so Schmidt noch im Juni, „haben wir gute Gründe, gemäßigte Töne anzuschlagen.“ Die guten Gründe — das sind zum Beispiel die 42 000 Familienzusammenführungen zwischen Bundesrepublik und DDR und die 187 000 Aussiedler aus Osteuropa in den letzten fünf Jahren. Aber auch dieses Problem hat sich halbwegs abgeschliffen. Jimmy Carter hält zwar noch an seinem moralischen Anspruch fest, aber seine Rhetorik und seine Praxis sind inzwischen nüchterner geworden.

### Auch schon früher Probleme

Mit seiner Sprunghaftigkeit hat Carter wohl das deutsch-amerikanische Verhältnis durcheinandergewirbelt, doch nicht alle Aufregung geht nur auf sein Konto. Als er im April vorläufig gegen die Produktion der Neutronenbombe entschied, fühlte sich die Bundesregierung — so Kabinettsmitglied Josef Ertl — „verschaukelt“. Bonn hatte allerdings kräftig mitgeschaukelt: Die Regierung wollte zwar die Bombe, fürchtete aber

den politischen Fallout einer eigenständigen Entscheidung; dazu war der Widerstand im eigenen (linken) Lager zu groß, das Grollen der Sowjetunion zu laut. Bonn wollte sich die Waffe „aufzwingen“ lassen, aber Carter wollte den Deutschen diesen Gefallen nicht tun und schob den Schwarzen Peter zurück.

Im übrigen haben die Querelen der letzten anderthalb Jahre völlig die Erinnerung daran überlagert, daß Bonn und Washington nicht erst seit

Jimmy Carter Probleme miteinander haben — und daß ihr Bündnis alle überlebt hat. Schon zu Adenauers Zeiten waren die beiden Regierungen wiederholt aneinandergeraten; und das trotz eines republikanischen Präsidenten, der lieber Golf spielte, als daß er Großmachtpolitik betrieb, trotz eines Außenministers wie Dulles, den enge Freundschaft mit dem alten Kanzler verband. Die Bundesrepublik hatte kaum die Unabhängigkeit errungen, als Adenauer im Frühjahr 1955 den Eklat mit Eisenhower und Dulles riskierte, nur weil beide am Vorabend der Genfer Gipfelkonferenz laut über einen „neutralen Sicherheitsgürtel“ in Europa nachgedacht hatten. Demonstrativ rief der Rhöndorfer seine Botschafter aus den westlichen Hauptstädten zurück, um die Schutzmächte wieder auf den Pfad der Bündnistugend zurückzutreiben. Anschließend fuhr er selbst nach Moskau, um einen Rückversicherungsdraht zum Gegner zu spannen.

Ein Jahr später hinterließ der „Radfordplan“, der heute noch traumatische Erinnerung weckt, einen tiefen Kratzer in der deutsch-amerikanischen Freundschaft. Der Plan sah vor, das amerikanische Heer zu verkleinern und Truppen durch taktische Atomwaffen zu ersetzen. Adenauer witterte sogleich einen amerikanischen Abzug aus Europa (heute noch lebt dieses Trauma unter dem Etikett *decoupling fort*) und setzte Himmel und Hölle in Bewegung, um Washington umzustimmen. Er scheute sich nicht, die Opposition gegen seine Freunde Eisenhower und Dulles aufzuheizen.

Oder erinnern wir uns der Berlinkrise von 1958 bis 1962: Auf einen ähnlichen Tiefstand, zumal nach Kennedys Amtsantritt, sind die Beziehungen zwischen Bonn und Washington nie wieder gesunken. Mit dem Bau der Mauer zerbröckelte der Traum von der deutschen Einheit, mit dem anlaufenden Entspannungsdialoq zwischen den Sowjets und den Amerikanern wuchs die Furcht vor dem „Kondominium“, der Einigung der Supermächte auf Kosten Deutschlands. Als Adenauer Anfang 1962 einen Berlin-Plan des Präsidenten torpedierte, revanchierte sich Kennedy, indem er Bonns Botschafter Grewe aus dem Lande ekelte.

Schlimmer noch: Ludwig Erhard verdankt seinen Sturz einem kräftigen Stoß von Lyndon Johnson. Erhard war 1966 nach Washington gepilgert, um einen Aufschub für die deutschen Offsetzahlungen zu erbetteln und so sein Budgetloch zu stopfen. Als er mit leeren Händen zurückkehrte, sprengte die FDP die Koalition.

Auch der heutige Streit um die Währungspolitik ist immerhin schon sieben Jahre alt: 1971 hob Nixon die Dollar-Gold-Konvertibilität auf

und leitete damit den unaufhörlichen Verfall der einst härtesten Währung ein. Das „Year of Europe“ 1973 endete in einem Winter des transatlantischen Mißvergnügens. Kissinger, dem heute so viele Bonner nachtrauern, zeigte sich damals „angewidert“ von den Europäern, weil sie den Amerikanern die Solidarität im Yom-Kippur-Krieg verweigerten. Während des Oilembargos wurde in der Tat deutlich, daß die Amerikaner „globale“ und die Europäer nur „regionale“ Interessen hatten — und diese Interessen sich nicht immer deckten.

### Das Bündnis bleibt bestehen

Das deutsch-amerikanische Bündnis ist dennoch nicht aus den Fugen geraten — dazu sind die Fundamente zu solide. Aber der Streit um Atom, Konjunktur und Entspannung seit Carters Amtsantritt ist symptomatisch für die neuen nationalen Prioritäten und neue internationale Divergenzen. Der Nuklear- und Währungsstreit symbolisiert eine drastische Rollenverschiebung. Auf dem Wirtschaftssektor begegnen sich Amerika und Deutschland nicht nur als Partner, sondern auch als Rivalen: Der wirtschaftliche Riese ist nicht mehr der politische Zwerg von ehemals. Und der Streit um die richtige Dosierung in der Entspannungspolitik offenbart den neuen Part, den die Bundesrepublik seit den Ostverträgen auf der diplomatischen Bühne spielt. Was viele nationalen Kritiker der Brandtschen Politik nie wahrhaben wollten: Die Ostpolitik war auch Westpolitik — eine Politik der Verständigung mit dem Osten, die zugleich die Abhängigkeit Bonns vom Westen minderte.

Bonn auf eigenen Wegen? Fred Luchsinger von der *Neuen Zürcher Zeitung* hat diese Frage am Vorabend des Bonner Gipfels gestellt. Das Kolumnistengespann Evans und Novak und Arnauld de Borchgrave von *Newsweek* haben in den Chor der Zweifler eingestimmt, den Brzezinski mit seiner Formel von der „Selbst-Finlandisierung“ der Bundesrepublik angestimmt hat.

Solchen Abdrift-Alarmisten ist freilich entgegenzuhalten, daß ihre Befürchtungen eindrucksvoller sind als ihre Belege. Ihre Beweise sind dünn: Breschnjew hat während seiner Bonn-Visite auch mit Strauß gesprochen, und er hat die Bundesrepublik neuerdings aus seinen Tiraden gegen den Westen ausgespart. Ähnliches haben die Sowjets in den letzten dreißig Jahren allerdings immer wieder getan — immer dann, wenn im Westen Familienzwist herrschte.

Indessen hat sich am Grundsätzlichen absolut nichts geändert. Die Bundesrepublik bleibt fest in der westlichen Gemeinschaft verankert — militärisch, wirtschaftlich, politisch und ideologisch. Die Carters und Schmidts mögen kommen und gehen, das deutsch-amerikanische Bündnis aber bleibt bestehen — als letzte und stärkste Garantie für die politische Unabhängigkeit der Bundesrepublik. Was Willy Brandt zu Beginn seiner Ostpolitik sagte, trifft heute zu und wird übermorgen noch zutreffen: „Wir sind keine politische Wanderniere.“